

Stellungnahme der AfD-Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsentwurf 2025



- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Friedrich,
sehr geehrter Herr erster Bürgermeister Setzer,
sehr geehrte Dezernenten Frau Wüllenweber und Herr Mäule,
sehr verehrte Anwesende und interessierte Bürger Backnangs,

in Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, beschreiben Sie die Situation so, wie wir es seit dem Haushalt 2020 für die folgenden, also aktuellen Zeiten prognostiziert haben: DRAMATISCH. In 2020 noch unisono als Angstmache abgetan und vom ersten Bürgermeister Janocha als „Kleine Delle“ verharmlost, zeigen sich nun die ernsten und in der Tat dramatischen Auswirkungen von zwanzig Jahren bundes- und landespolitischen Versagens, welches gemäß aktueller Umfragen, Aussagen und politischer Brandmauern nach dem 23.02.2025 als schwarz-rot-grüne „Afghanistan-Koalition“ fortgesetzt werden wird.

Es wundert daher nicht, dass – allen voran die Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion – uns darauf hingewiesen haben, nicht auf Bundespolitik einzugehen, da wir ja über den Backnanger Haushalt reden würden. Doch: woher resultiert denn die aktuelle desolante Finanzlage der Stadt Backnang? Aus 20 Jahren linker Bundes- und Landespolitik zum Nachteil der eigenen Bürger, worauf wir seit 2019 jährlich hingewiesen haben und als rechte Populisten diskreditiert wurden. Aber schon William Shakespeare wusste einst: „Populisten sind jene Menschen, die einen Spaten Spaten und eine Katze Katze nennen“.

Wir haben Verständnis dafür, dass Sie versuchen, die Bürger zu beruhigen. So bedienten Sie, Herr Oberbürgermeister, sich in Ihrer Haushaltsrede am Setzkasten der politischen Phrasen: „...als Gemeinschaft zusammenstehen...“, „...Krisen als Chance für die Zukunft begreifen...“, dankenswerterweise ließen Sie das Scholz'sche „wir müssen uns unterhaken“ und das Merkel'sche „wir schaffen das“ weg. Winston Churchill zitierten Sie in Ihrer Neujahrsansprache gleich mehrfach mit den Worten „Ein Optimist sieht eine Gelegenheit in jeder Schwierigkeit; ein Pessimist sieht eine Schwierigkeit in jeder Gelegenheit“. Die Wahrheit ist: für den Pessimisten ist das Glas halbleer, für den Optimisten halb voll, aber Realisten wie wir sahen längst kommen, dass das Backnanger Glas irgendwann leer sein wird. Ab 2026 ist dies der Fall, denn um einen genehmigungsfähigen Haushalt für 2025 und 2026 zu erreichen, wird der letzte Rest des Tafelsilbers geopfert. Schon jetzt ist klar: für jede weitere Ausgabe, jede unvorhergesehene Situation, die nicht im Haushalt eingepreist ist, müssen Kredite aufgenommen werden, zu einer Zeit, bei der selbst eine Kommune ca. 4% Zinsen aufbringen muss. Auch Winston Churchill müsste heute zugeben, dass eine Gelegenheit nicht am Schopfe gepackt werden kann, wenn die Schwierigkeit „kein Geld“ heißt.

Sie selbst, Herr Oberbürgermeister, kritisieren die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land. Als Beispiel ziehen Sie aber ausgerechnet die 14,5 Mio Euro heran, die die Stadt Backnang – besser gesagt, die Steuerzahler der Stadt Backnang – für den Betrieb der Kitas aufbringen muss. Warum erwähnen Sie mit keiner Silbe die durch Bund und Land aufgezwungenen Kosten für Unterbringung und „Integration“ von Flüchtlingen und Asylbewerbern? Immerhin gut 1,8 Mio. Euro, die genauen Kosten fordern wir per Antrag an.

Als Nebenwirkung stiegen von 2018 bis 2025 die Ausgaben für Personal- und Versorgungskosten um sagenhafte 82 Prozent von 26,3 Mio. auf fast 48 Mio. Euro. Auch wenn die Verwaltung in der Klausur im November 2024 deutliche und schmerzhaft Einsparungen am Personal vorgeschlagen und umgesetzt hat: durch Tariferhöhungen und von oben aufoktroiertem Personalaufwuchs schlummern hier weitere unkalkulierbare Kosten.

Im Zusammenhang mit der Schließung der Notfallpraxis Mitte des Jahres richteten Sie bei Ihrer Neujahrsansprache einen Appell an die anwesenden Bundes- und Landtagsabgeordneten der selbsternannten „demokratischen Parteien der Mitte“ und wünschten sich, dass diese sich endlich so verhalten, dass die „politischen Ränder“ nicht mehr gestärkt werden. Vielleicht sollte hier erwähnt werden, dass man von einer damit wohl gemeinten Partei mit über 20% Wählerstimmen kaum von einem „politischen Rand“ sprechen kann, ohne deren Wähler verächtlich zu machen.

Danken möchten wir Ihnen und der gesamten Verwaltung an dieser Stelle, dass Sie unserem bereits am 28.08.2024 eingebrachten Antrag, die Hebesätze so anzupassen, dass die Grundsteuerreform sich so wenig wie möglich in den Geldbeuteln der Bürger, des Gewerbes und der Industrie sowie der Landwirte niederschlägt, durch teilweise harte Sparmaßnahmen nachgekommen sind, auch wenn bereits in 2025 und 2026 für die darauf folgenden Jahre eine Erhöhung der Hebesätze vorgesehen ist.

Schade nur, dass Sie dies kurz darauf zum Anlass nahmen, uns dazu zu bewegen, den von Ihnen als „moderat“ bezeichneten Erhöhungen der Friedhofsgebühren zwischen 36% und 144% (!) Prozent zuzustimmen; genau genommen liegen diese Sätze teilweise noch deutlich höher, weil auch die Liegezeiten für Urnengräber von 20 auf 15 Jahre verkürzt wurden. Natürlich wissen auch wir, dass Gebühren keine Steuern sind und kostendeckend gestaltet werden sollen, aber einer dermaßen hohen Steigerung konnten wir als AfD-Fraktion nicht zustimmen. Man kann nicht auf einen Schlag neun Jahre versäumte Anpassungen aufholen.

Apropos Steuern: schon die Erhöhung der Hundesteuer nach 14 Jahren um 20% oder gerade einmal 24 Euro brachte die Backnanger Bürger, besser gesagt, die knapp 1.500 Hundebesitzer, auf die Palme. Daher sind wir sehr gespannt darauf, wie die Bürger auf die neu geplanten kommunalen Steuern auf Zweitwohnungen und Verpackungen reagieren werden. Bei der Verpackungssteuer wären wir bundesweit nach Tübingen und Konstanz die dritte Stadt in Deutschland, in zwei weiteren Städten, Heidelberg und Freiburg, steht die Einführung kurz bevor. Es fällt auf, dass ausgerechnet im „reichen“ Bundesland Baden-Württemberg Universitätsstädte (auch Backnang ist seit kurzem zumindest Fernhochschulstadt) auf so eine – nennen wir es mal vorsichtig „fragwürdige“ – Idee kommen. Den ganzen Irrsinn einer Verpackungssteuer beschreibt der Journalist Philippe Fischer auf „NiUS“ am Beispiel von Konstanz, absolut lesens- und sehenswert. Es versteht sich von selbst, dass die AfD-Fraktion hier geschlossen dagegen stimmen wird.

Die Zukunft sieht so düster aus wie selten zuvor. Politisch wird sich in vier Wochen nichts ändern: die Insolvenzen haben ein 20-Jahres-Hoch erreicht, rund 20 Prozent der industriellen Wertschöpfung in Deutschland ist bedroht. Die Industrie kündigt den Abbau von mehr als 100.000 Stellen sowie die Abwanderung ganzer Industriezweige ins Ausland an, selbst Stihl verlagert Teile der Produktion ins „Niedriglohnland“ Schweiz und Weltmarktführer und Familienunternehmen Balluff muss 400 Mitarbeiter entlassen. Beim Wirtschaftswachstum sind wir Schlusslicht mit 0,2%. Der Markt für Elektroautos ist eingebrochen, fast alles, was mit „Energiewende“ zu tun hat wie zum Beispiel das Wasserstoffstartup HH2E, geht Konkurs oder steht kurz davor, Wärmepumpen liegen wie Blei in den Regalen, mit Milliarden Euro subventionierte grüne Stahlwerke sind nicht wettbewerbsfähig, das von Scholz und Habeck hochgelobte Batteriewerk Northvolt ist pleite, bevor es gebaut wurde, allein hier 600 Mio. Euro Subventionen futsch.

Dazu kommt, dass wir mit jedem weiteren Ausbau von PV und Windkraft einem Zusammenbruch des Stromnetzes, vor allem in Baden-Württemberg, immer näher kommen. Wer uns nicht glaubt: ausgerechnet die PV-Anlagenhersteller Enpal und 1komma5⁰, warnen vor Blackouts ab Ostern wegen unregulierbarer PV-Anlagen.

Auch der E.on-Chef Birnbaum warnt eindrücklich vor einer Überlastung auf Grund der viel zu schnell vorangetriebenen Energiewende. Und genau in diese Zeit hinein treibt die Verwaltung und ein Großteil des Gemeinderats den Bau von Windenergieanlagen und PV-Freiflächenanlagen voran. Bei all diesen Warnungen aus kompetenten Mündern sei noch erwähnt: Strom beträgt nur 18% am Gesamtenergiebedarf in Deutschland. Und während Habeck 50 neue Gaskraftwerke bauen will, plant die Stadt Mannheim ihre Gasleitungen, eine Millionen-Investition, bis 2035 rauszureißen! Wir werden einen Antrag einreichen, der dies für Backnang verhindern soll, schließlich werben die Stadtwerke Backnang bis heute auf ihrer Homepage mit "Steigen Sie auf Erdgas um".

Audacter calumniare, semper aliquid haeret (verleumde nur keck, etwas bleibt immer hängen). Dieser mit uns gepflegte Umgang, sei es mit der gerichtsfest bestätigten „dreckigen Lüge“ von Correctiv zum sogenannten „Potsdamer Geheimtreffen sowie der Drohung, die nächsten Wahlen wegen „ausländischer Beeinflussung“ für nichtig erklären zu lassen und der verzweifelte Schrei nach einem Verbotsverfahren, verfängt immer weniger. Und so schauen wir als AfD zuversichtlich auf das Wahljahr 2029 in der Hoffnung, die 2025er „Afghanistan-Koalition“ lässt von diesem wunderbaren Land noch etwas zu retten übrig.

Oberbürgermeister Friedrich, dem ersten Bürgermeister Setzer, den Dezernenten Wüllenweber und Mäule sowie der gesamten Verwaltung danken wir für ihren außergewöhnlichen Einsatz und die gute Zusammenarbeit und wünschen ein weiterhin gutes Händchen in den kommenden, immer schwierigeren Zeiten.

- Die Haushaltsrede wird gehalten von Stadtrat Michael Malcher -